DIE KLEINE BIBLIOTHEK DER WIRTSCHAFT

Die Rückkehr des ökonomischen Nationalismus – Protektionismus, Populismus und das Ende der zweiten Ära der Globalisierung?

Zusammenfassung
von Patrick Hirsch

Die Rückkehr des ökonomischen Nationalismus – Protektionismus, Populismus und das Ende der zweiten Ära der Globalisierung?

Herausgegeben vom
Aktionskreis Freiburger Schule –
Initiative für Ordnungspolitik e.V.
Freiburg i. Br.

„Wenn Wachstum nicht mehr inklusiv funktioniert ist dies für die Akzeptanz von Marktwirtschaften eine extrem kritische Entwicklung."

Ralf Fücks

„In vielen Ländern ist das Populismusphänomen ein kulturelles Phänomen, aber es hat eine ökonomische Basis."

Prof. Dr. Jens Südekum

„Wir müssen und darauf einstellten, dass die Zeit des kooperativen Multilateralismus vorbei ist."

Prof. Dr. Gabriel Felbermayer

„Durch den erheblichen öffentlichen Druck sind in der Steuerpolitik international, anders als im Handel, durchaus Koordinationserfolge möglich."

Prof. Dr. Johannes Becker

„Demokratie ist das Versprechen auf kollektive Handlungsfähigkeit."

Ralf Fücks

Inhalt

Grußwort
Professor Dr. Lars P. Feld,
Dipl.-Volksw. Margot Selz,
Stephan Wilcken 7

Die Rückkehr des ökonomischen Nationalismus – Protektionismus, Populismus und das Ende der zweiten Ära der Globalisierung?
Zusammenfassung: Patrick Hirsch 11

Kurzvita der Referenten 41

Der Aktionskreis Freiburger Schule 56

Professor Dr. Lars P. Feld
Direktor des
Walter Eucken Instituts e.V.

Dipl. Volkswirtin Margot Selz
Vorsitzende des Aktionskreises
Freiburger Schule –
Initiative für Ordnungspolitik e.V.

Stephan Wilcken
Geschäftsführer Südwestmetall –
Bezirksgruppe Freiburg

Grußwort

Nicht erst seit der Handelspolitik der Regierung Trump und ihrem Bekenntnis zu „America First" sind weltweite Tendenzen zu einer Abkehr von Freihandelsprinzipien und ein Misstrauen gegenüber der Globalisierung und ihren Folgen sichtbar. Die im Jahr 2018 von den Vereinigten Staaten eingeführten Zollerhöhungen sind nur das jüngste Beispiel für den neuen Protektionismus. Bereits die TTIP-Verhandlungen zogen breite Proteste und Widerstände nach sich, und in beinahe allen EU-Ländern haben diejenigen Parteien starken Zulauf, welche die europäische Integration ablehnen und für ihre nationalen Probleme verantwortlich machen. Mit dem Votum der Briten für einen Brexit und den dramatischen Austrittsverhandlungen fand diese Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt.

In unserem Symposium „Die Rückkehr des ökonomischen Nationalismus – Protektionismus,

Populismus und das Ende der zweiten Ära der Globalisierung?“ – das fünfte in der Reihe „Ordnungspolitik für das dritte Jahrtausend“ haben wir mit Experten aus Wissenschaft, Theorie und Praxis folgende Fragen erörtert:

Wo liegen die Ursachen für diesen neuen (ökonomischen) Nationalismus? Was bedeuten die neuesten handelspolitischen Maßnahmen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft, die auf internationale Arbeitsteilung und Kapitalallokation angewiesen ist? Wie sollte Europa seine Handelsbeziehungen zu den drei großen Akteuren USA, China und Russland gestalten? Wie könnte eine demokratische Legitimierung der Globalisierung aussehen? Wie kann der Teufelskreis von handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen durchbrochen und das Vertrauen in Freihandel wiederhergestellt werden?

Anliegen der Tagung war es, die Herausforderungen des Themas wissenschaftlich zu erörtern und in Vorträgen und einer Abschlussdiskussion prak-

tische politische Antworten und Lösungswege zu diesen Fragen aufzuzeigen.

„Die Rückwendung zum Nationalstaat ist wohl für einen großen Teil der Menschen eine Art von Rückversicherung, ein Stabilitätsanker in Zeiten stürmischer Veränderung."

Ralf Fücks

„Dadurch, dass wir verschiedene Bewegungen und Meinungen populisitisch nennen, überdecken wir die Unterschiede und damit die gesellschaftlichen Interventionsmöglichkeiten."

Prof. Dr. Andreas Jungherr

„Wenn wir die internationale Arbeitsteilung vorantreiben wollen braucht es vor allem Vertrauen darauf, dass sich Handelspartner an Regeln halten und nicht der opportunistischen beggar-thy-neighbour Versuchung erliegen."

Prof. Dr. Gabriel Felbermayer

„Deutschland hatte das richtige Spezialisierungsmuster und war wahrscheinlich sogar das Land, das der größte Gloablisierungsgewinner insgesamt war."

Prof. Dr. Jens Südekum

„Die wirtschaftliche Globalisierung hat sowohl de jure als auch de facto in den Jahren von 1990 bis zur Finanzkrise besonders stark zugenommen und stagnieren seither"

Prof. Jan-Egbert Sturm

Die Rückkehr des ökonomischen Nationalismus – Protektionismus, Populismus und das Ende der zweiten Ära der Globalisierung?

Eine Zusammenfassung von Patrick Hirsch

Es gibt verschiedene Ansätze zur Analyse des neuen ökonomischen Nationalismus; das wurde beim 5. Symposium der Reihe „Ordnungspolitik für das dritte Jahrtausend" am 2. und 3. Mai 2019 in Freiburg deutlich. Die Globalisierung gilt zwar nach wie vor als Wachstums- und Wohlstandstreiber schlechthin, jedoch gingen einige problematische Elemente mit der weltweiten Liberalisierung einher, die nun den Trend zu Protektionismus und Populismus unterstützen. Diese reichten den Referenten zufolge von einer zunehmenden Ungleichheit über die globalen Finanz- und Migrationskrisen bis hin zur immer stärker werdenden geopolitischen Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China, die durch den steilen Aufstieg Chinas zur Handels- und Wirtschaftsmacht befeuert wird.

Was diese Entwicklungen bedeuten, brachten die beiden Keynote-Speaker auf den Punkt: Die Welt erlebe, so der Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags **Dr. Norbert Röttgen**, derzeit womöglich das Ende einer liberalen Epoche. „Mit Trump wurde die Politik durch die Person substituiert" und damit sei Trump, so Röttgen, die Absage an die Politik und an Ordnungen überhaupt. **Prof. Dr. Gabriel Felbermayer**, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, analysierte diese Entwicklungen ähnlich problematisch und erwartete insbesondere für die Handelspolitik, „dass die Zeit des kooperativen Multilateralismus vorbei ist." Was dies politisch, ökonomisch und gesellschaftlich bedeutet, wo die Ursachen genau zu verorten sind und welche Handlungsmöglichkeiten existieren, erörterten und diskutierten Experten aus verschiedenen Disziplinen.

Diese inhaltliche Zusammenfassung des Symposiums ist nach den bestimmenden Themen der beiden Tage aufgebaut. Zunächst geht es um

Trends und Folgen der Hyperglobalisierung, bevor Einschätzungen zu **Steuerwettbewerb und Handelskonflikten** dargestellt werden. Es schließen sich einzelne Absätze zu zwei zentralen Themen – **China und Populismus** – an. Abschließend richtet sich der Fokus auf **Europa und die transatlantischen Beziehungen**.

Die Zeit der Hyperglobalisierung: Steigende Ungleichheit trotz Wohlfahrtsgewinnen?

Spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre habe die Verflechtung der Weltmärkte stark zugenommen, so **Prof. Dr. Jens Südekum** vom Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität. Das weltweite Warenhandelsvolumen sei in dieser Zeit der „Hyperglobalisierung" im Vergleich zur Produktion überproportional angestiegen. Zeitgleich habe die internationale Arbeitsteilung durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Handels

zu einem deutlichen Wohlstandsanstieg in nahezu allen Ländern und einem bislang beispiellosen Rückgang der absoluten Armut auf der Welt geführt. Erheblichen Anteil daran hatten nicht zuletzt Entwicklungen in asiatischen Staaten, insbesondere die schrittweise ökonomische Öffnung Chinas, die mit dem Eintritt in die Welthandelsorganisation (WTO) ihren bisherigen Höhepunkt erreichte. Ein weiteres Ereignis, das diesen Globalisierungs-Trend unterstützte, war der Zerfall der sozialistischen Staaten und deren Transformation zu Marktwirtschaften. **Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm**, Direktor der Konjunkturforschungsstelle (KOF) an der ETH Zürich identifizierte als Hauptwachstumstreiber des Welthandels wechselseitige (komparative) Vorteile für Handeltreibende durch Spezialisierung, den technischen Fortschritt, etwa im Bereich der Telekommunikation oder durch sinkende Transportkosten, sowie den Rückgang von Handelsbarrieren wie Zöllen.

Nach aktuellen Zahlen von Sturm ist die Zeit der Hyperglobalisierung vorbei. Seit 2008 liegt das

durchschnittliche Wachstum des Welthandelsvolumens mit rund zwei Prozent deutlich unter dem Niveau von sechs Prozent der Jahre von 1970 bis 2008. Wenngleich der weltweite Schock im Jahr 2008 von den Finanzmärkten ausging, dürfte die Finanzkrise Auswirkungen auf realwirtschaftliche Größen wie den Handel gehabt haben, so Sturm. Indizes der KOF, welche die Entwicklung der Globalisierung darstellen, weisen auf eine geringer werdende Dynamik hin. Dabei stellen die Indizes diese Entwicklung sowohl *de facto*, also gemessen an Zahlen wie dem tatsächlichen Warenhandel oder den Finanztransfers, als auch *de jure* dar, ein etwas weicherer Indikator, der die Rahmenbedingungen abzubilden versucht. Für Sturm deutet dies auf einen Rückgang der Spezialisierungstendenzen hin, die für gewöhnlich mit der internationalen Arbeitsteilung einhergehen. Denkbar wäre sogar ein *Reshoring*, also eine Rückverlagerung der Produktion aus dem Ausland, welche durch einen weiteren entscheidenden Trend, die Digitalisierung ermöglicht würde.

Momentan beschäftigt sich Sturm damit, empirisch zu untersuchen, ob Globalisierungstendenzen nach ökonomischen Krisen einem einheitlichen Muster folgen. Für Währungs- und Staatsschuldenkrisen können geringfügig negative Effekte nachgewiesen werden, so Sturm. Im Gegensatz dazu scheinen Bankenkrisen jedoch generell keinen dauerhaften Effekt auf Globalisierungstendenzen zu haben. Die globale Finanzkrise dürfe wohl dennoch, als exzeptionell schwerwiegender Einbruch, Auswirkungen auf *de jure* und *de facto* Globalisierung gehabt haben.

> *„Seit Beginn der Hyperglobalisierungsphase 1985 nimmt die Ungleichheit zwischen Staaten ab, innerhalb der Staaten aber zu."*
>
> Prof. Dr. Jens Südekum

Auf die erheblichen Verteilungswirkungen, die mit der dynamischen Entwicklung der internationalen

Arbeitsteilung einhergingen, ging Prof. Dr. Jens Südekum ein. Zwar nehme die Ungleichheit seit Beginn der Hyperglobalisierungsphase zwischen Staaten ab, innerhalb einzelner Staaten nehme sie aber zu; besonders stark in den Vereinigten Staaten, etwas weniger in Europa. Neben der Automatisierung und Digitalisierung habe auch die Globalisierung einen Anteil daran. Südekum bezog sich dabei auf das klassische Außenhandelstheorem der US-Ökonomen Stolper und Samuelson (1941), deren theoretischer Erklärungsansatz mitunter in der jüngeren Handelstheorie noch Gültigkeit besäßen. Demnach ergebe sich durch die internationale Arbeitsteilung ein außenhandelsinduzierter Strukturwandel. In einem hoch entwickelten und kapitalintensiven Land wie Deutschland träfe dies besonders arbeitsintensive Branchen, in denen andere Länder komparative (Kosten-)Vorteile aufweisen.

In vielen Ländern sei der gegenwärtige Populismus zwar ein primär kulturelles Phänomen, der aber auf einer ökonomischen Basis stehe, analysiert Sü-

dekum weiter. Besonders sichtbar sei das Misstrauen gegenüber der Globalisierung und ihren Folgen in den USA und im Vereinigten Königreich, wo das Wachstum wenig inklusiv war. Sowohl Trump bei der US-Präsidentenwahl als auch der Brexit im Vereinigten Königreich erhielten besonders starke Zustimmung in ökonomisch schwächeren und vom Strukturwandel gezeichneten Regionen. Im deutscher Populismus hingegen dominierten vor allem Migrationsthemen die Debatte. Zwar gäbe es auch in Deutschland Globalisierungsgewinner und -verlierer, aber verglichen zu anderen Ländern habe es Deutschland besser geschafft mit dem neuen Wettbewerbsdruck aus China und Osteuropa umzugehen. Daher könne Deutschland aus drei Gründen insgesamt als großer Globalisierungsgewinner bezeichnet werden: Erstens weise Deutschland rückblickend die richtigen Spezialisierungsmuster in Schlüsselindustrien, etwa dem Anlagen- und Maschinenbau oder in der Autoindustrie auf. Zweitens käme Deutschland die stärkere räumliche Dezentralisierung der Industrie zu Gute, die durch die zahlreichen *Hidden Champi-*

ons charakterisiert ist. Drittens habe Deutschland bis heute eine sehr erfolgreiche Kompensations-, Struktur- und Regionalpolitik betrieben. Dennoch bestehe weiterhin Handlungsbedarf, um der Digitalisierung, die ähnliche Auswirkungen auf Wirtschaftsstruktur und Arbeit haben werde, zu begegnen. Dazu zählten, so Südekum, insbesondere Investitionen in Infrastruktur auch im ländlichen Raum, denn nur dann könne auch dieser Strukturwandel erfolgreich und inklusiv bewältigt werden.

Steuerwettbewerb und Handelskonflikte – Droht ein Abdriften in den ökonomischen Nationalismus?

Für **Prof. Dr. Johannes Becker** von der Universität Münster ist der Stein des Anstoßes in der aktuellen Debatte um den Steuerwettbewerb unverkennbar: multinationale Unternehmen, wie etwa Google oder Amazon, die kaum bis keine Steuern auf Gewinne in Europa zahlen. Er stellte zunächst klar, dass Besteuerungsregeln einer internationa-

len Koordination bedürfen, da es ansonsten zu einer Doppel- oder gar zur Nicht-Besteuerung kommen könne. Für die international geltende Quellenbesteuerung von Unternehmensgewinnen bleibe nichtsdestotrotz die Schwierigkeit bestehen, dass oft nicht abschließend zu ermitteln sei, wo die Gewinne von multinationalen Unternehmen entstehen. Das liege daran, dass Synergieeffekte zwischen Märkten und den einzelnen Geschäftsbereichen und Standorten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Das Kernproblem der Besteuerung multinationaler Unternehmen im globalen Zeitalter bestehe also definitionsgemäß darin, so Becker, dass sich deren Standorte auf unterschiedliche Länder weltweit verteilen. So würden also auf staatlicher Ebene Anreizmechanismen wirken, die einen Steuerwettbewerb befördern. Eine Steuersenkung könne einen Aufkommensverlust kompensieren, indem Unternehmensstandorte verlagert, höhere Investitionen getätigt und neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Zusätzlich gingen damit gegenteilige Effekte im Ausland einher, so Becker. Solche *beggar-thy-neighbour* Versu-

chungen, also Politik auf Kosten der Handelspartner und Wettbewerber zu betreiben, gingen mit negative fiskalische Externalitäten einher. Wiederholte Steuersenkungsrunden könnten daher in einem *race-to-the-bottom* zwischen Staaten gipfeln und zur völligen Steuerfreiheit für Unternehmen führen. Hier verwies Becker darauf, dass die Gewinnsteuersätze seit Beginn der 1980er Jahre tatsächlich nahezu stetig gefallen sind und zuletzt in den USA und Frankreich gesenkt wurden. Becker betonte, dass die sogenannte Externalitätentheorie jedoch nur eine theoretische Möglichkeit zur

> *„Der Steuerwettbewerb hat sich verschoben und findet nun zwischen den verschiedenen Produktionsstandorten auf der einen Seite und Steueroasen auf der anderen Seite statt."*
>
> Prof. Dr. Johannes Becker

Betrachtung des Steuerwettbewerbs sei. Nach der Disziplinierungstheorie und dem Ansatz, die

Steuersetzung als Entdeckungsverfahren zu betrachten, habe der Wettbewerb durchaus positive ökonomische und politökonomische Effekte. Den Steuerwettbewerb stellte Becker daher nicht grundsätzlich in Frage. Vor allem in der EU habe er eine Daseinsberechtigung, denn vom europäischen Binnenmarkt profitieren vor allem die zentraleuropäischen Länder, darunter insbesondere Deutschland. Länder in der Peripherie hätten durch eine steuerliche Anreizpolitik die Möglichkeit, in einen ausgeglichenen Wettbewerb zu treten. Effektivsteuern von nahe null Prozent torpedierten einen solchen Ausgleichsmechanismus allerdings.

Dass uns eine neue Spirale von Steuersenkungen zwischen den Produktionsstandorten drohe, bezeichnete Becker als eines der großen aktuellen Narrative. Nach seiner Beobachtung habe sich der Steuerwettbewerb verschoben und fände nun zwischen den verschiedenen Produktionsstandorten auf der einen Seite und Steueroasen, wie Puerto Rico, Irland oder Luxemburg auf der ande-

ren Seite statt. Schätzungen zufolge, so Becker, belaufen sich die ökonomischen und fiskalischen Kosten für Staaten durch Gewinn- und Steueroptimierung multinationaler Unternehmen auf rund ein Prozent der Wirtschaftsleistung, beziehungsweise auf bis zu zehn Prozent des Steuereinkommens. Besonders betroffen seien europäische Nicht-Steueroasen, darunter Deutschland. Durch die Öffentlichkeit ergebe sich jedoch aktuell ein erheblicher Reformdruck und folglich – anders als im internationalen Handel – eine realistische Chance auf einen internationalen Koordinationserfolg. Verschiedene Vorschläge wie Digitalsteuern oder Mindeststeuern, bis hin zur Bestimmungslandorientierung bei der Steuersetzung lägen bei Verhandlungen unter dem Dach der OECD auf dem Tisch. Kompromisse seien nicht zuletzt deshalb möglich, da die Steueroasen weltweit kaum politisches Gewicht mitbringen, während die geschädigten insbesondere die G20-Staaten seien. Ein Abrutschen in den ökonomischen Nationalismus in der internationalen Steuerpolitik erwartet Prof. Becker deshalb nicht.

Handelspolitisch drohe uns hingegen eine „Zeitenwende“, so die Einschätzung von **Prof. Felbermayer** in seinem Plenarvortrag. Mit der Gründung der WTO Mitte der 1990er-Jahre sollten Zölle eigentlich endgültig der Vergangenheit angehören, nun seien sie jedoch womöglich der Weg „zurück in die Zukunft.“ Empirischen Untersuchungen zufolge übersteigen aktuell protektionistische Interventionen liberalisierende Maßnahmen deutlich. Zwar habe der Protektionismus- seit Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten ist - nochmals zugenommen, jedoch sei ein solches Muster bereits mindestens seit der Finanzkrise erkennbar. Dabei bleibe auch die EU nicht außen vor, vielmehr deuteten Handelsstatistiken daraufhin, dass die Zollsätze unter anderem gegenüber China in den vergangenen Jahren tendenziell wieder gestiegen sind. Allgemein sei die EU nach außen nach wie vor weit protektionistischer als etwa die USA. Für Felbermayer hat der neue ökonomische Nationalismus vorrangig geo- und machtpolitische Ursachen. Daher würde uns der ökonomische Konflikt zwischen den beiden

Großmächten USA und China in den kommenden Jahren weiter beschäftigen.

> *„America first heißt, was America first bezeichnet: in einer Rangliste oben zu stehen und nicht die pro Kopf Einkommen zu maximieren."*
>
> Prof. Dr. Gabriel Felbermayer

Neben wettbewerbsverzerrenden technischen und administrative Barrieren, die heute nach wie vor einen Großteil der Handelsbarrieren ausmachen, gewannen zuletzt Importzölle als handelspolitisches Instrument wieder an Attraktivität. Prof. Felbermayer wies darauf hin, dass besonders für große Länder solche *beggar-thy-neighbour* Versuchungen, Politik nicht nur zum eigenen Vorteil, sondern möglicherweise bewusst auf Kosten eines anderen Landes zu betreiben, individuell genauso rational seien, wie eine reziproke Reaktion des geschädigten Landes. Jedoch stellt sich durch ein

solches *tit-for-tat* ein stabiles sogenanntes Nash-Gleichgewicht ein, wonach man sich „kreuzweise in die Taschen" greift und sich dabei jeweils schlechter stellt. Um diesen Teufelskreis handelspolitischer Vergeltung zu durchbrechen und das Vertrauen in Freihandel wiederherzustellen, wurde bislang erfolgreich mit Verhandlungen im Rahmen der WTO reagiert. Laut Felbermayer fußen die Mechanismen und Abläufe der WTO jedoch auf der Annahme, dass für alle Staaten durch Kooperation ökonomischen Vorteile entstehen, sich nach der Positivsummenlogik also eine *Win-Win-Situation* ergibt, wenn etwa die Verbesserung einer Größe wie das Pro-Kopf Einkommen das Ziel ist. Wie sei jedoch damit umzugehen, wenn unter Annahme einer Nullsummenlogik das Ziel ist, Macht und Dominanz aus geostrategischen Überlegungen gegenüber Herausforderern zu festigen? In den vergangenen Jahren hat der Anteil Chinas an der Weltproduktion erheblich zugenommen, wodurch die Volksrepublik Prognosen zufolge bald die größte Volkswirtschaft der Welt sein wird. Genau diese Entwicklung könnte als Grundlage für den ange-

fachten Handelskrieg dienen, so Felbermayer. Unter Annahme der Nullsummenlogik ließe sich ein solcher aus Sicht der Vereinigten Staaten gewinnen, denn die USA haben durch die hohen Importe aus China sehr viel größere Möglichkeiten, Zölle zu erheben und China ökonomische Kosten zuzufügen. Dadurch könne China zwar auf Abstand gehalten werden, effektiv würde durch einen Handelskrieg aber auf beiden Seiten Wohlstand verloren gehen, gab Felbermayer zu bedenken.

Anhand von Simulationen komplexer Handelsmodelle zeigte Felbermayer anschaulich, welche Auswirkungen von US-Autozöllen und reziproken EU-Zölle auf ausgewählte Güter in den USA und den Mitgliedstaaten der EU zu erwarten seien, sollte sich dieser zweite Handelskonflikt verschärfen. Gerade die exportorientierte deutsche Wirtschaft könne empfindlich von Autozöllen getroffen werden. Vor allem das taktische Setzen von Gegenzöllen würde die negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen allerdings drastisch minimieren. Ein sich zuspitzender Chinesisch-Amerikanischer-

Konflikt könne sogar vorteilhaft für die EU sein. Felbermayer schränkte jedoch ein: Unsicherheit vermögen die Modelle nicht miteinzubeziehen; dabei gingen gerade davon erhebliche Risiken für die Wirtschaft aus.

Der EU spricht Felbermayer daher für die Zukunft des Freihandels und einer stabilen Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu: Sie müsse Vertrauen in Kooperation erneuern und den eigenen Protektionismus, etwa im Agrarsektor, zum gegenseitigen Vorteil abbauen. Ein Ansatz sei eine umgebaute, neue WTO, die insbesondere den kleinen EU- und WTO-Mitgliedstaaten zu Gute kommt. Wenn es nicht anders geht, solle diese ohne die beiden Großmächte USA und China auskommen. Prof. Felbermayer stellte abschließend klar, dass die internationale Arbeitsteilung am Ende sei, wenn geopolitische und Macht-Interessen und damit opportunistische beggar-thy-neighbour Versuchungen überwögen. Der Multilateralismus der WTO funktioniere dann nicht mehr. In Zukunft ginge es darum, zu überlegen, wie die ökonomi-

sche Modelle angepasst werden müssen, um solche Überlegungen miteinzubeziehen?

China – Wachstumsmarkt und Herausforderung

Entsprechend dieser Entwicklungen hat die derzeit größte Herausforderung des Westens auch für Dr. Norbert Röttgen einen Namen: China. Die Volksrepublik sei für den Westen alles zu gleich: Partner, Wettbewerber und Rivale. Gleichfalls ist China für Ralf Fücks, Geschäftsführer des Zentrums Libera-

> *„China ist antiliberale Moderne. Antiliberale Moderne auf Speed."*
> Ralf Fücks

le Moderne, „keine allein ökonomische, sondern eine fundamental politische Herausforderung, die zwei Eigenschaften kombiniert die bislang als unvereinbar angesehen wurden: eine hohe wirt-

schaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit in einem autoritär totalitären System." Insbesondere habe sich die Hoffnung auf einen Wandel durch Handel nicht erfüllt. Im Gegenteil würden Initiati-

> *„Ist das chinesische System stabiler als demokratische Marktwirtschaften? Vielleicht. Ob es dynamisch das bessere ist? Ich hoffe nicht."*
>
> Prof. Dr. Gabriel Felbermayer

ven wie „One Belt One Road" oder „Made in China 2025", die zwar im Gewand von Industriepolitik und Handelspraktiken daherkämen, mitunter Moralvorstellung transportieren und nicht zuletzt den geopolitischen Einfluss Chinas stärken. Auch Norbert Röttgen betonte, dass China dabei ein sehr selektives Verhältnis zu internationalem Recht und zur internationalen Gemeinschaft habe.

Georg Stieler erlaubte als Geschäftsführer von Stieler Enterprise Management Consulting in

Shanghai einen Einblick in unternehmerisch-praktische Erfahrungen im Umgang mit und in China. Demnach habe sich die Welt besonders seit der Finanzkrise an Chinas stützendes Wachstum gewöhnt, so stark wie es von außen scheint, sei es jedoch nicht. Zwar setze der chinesische Markt nach wie vor Impulse in zahlreichen Zukunftsindustrien, neben der steigenden Verschuldung erwiesen sich allerdings viele Geschäftsmodelle als wenig erfolgreich und nachhaltig. Durch das stotternde Wachstum und den Handelskonflikt sei auch die politische Führung um Xi Jinping längst nicht mehr unumstritten. Außerdem bestehe das Problem, dass die chinesische Gesellschaft in Folge der Ein-Kind-Politik selbst unter günstigen Wachstumsprognosen „wahrscheinlich schneller alt als reich" werden würde, ergänzte Felbermayer.

Für deutsche Unternehmen ließen sich vorhandene Wachstumspotentiale in China vor allem in den Bereichen Industrie 4.0, Logistik und im Gesundheitswesen weiter nutzen, so Stieler. Folglich appelliert er an Unternehmergeist, Technikfreude

und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland durch Forschung und Entwicklung. Weiter müsse sich die Politik für einen gleichberechtigten und regelbasierten Marktzugang in China einsetzen.

Populismus als politische Positionierung und Produkt einer digitalisierten Welt

Von Medien, etablierter Politik und Öffentlichkeit werden globalisierungskritische Positionen und protektionistische Maßnahmen oft und gerade populistischen Parteien, Personen und Bewegungen zugesprochen. Mit einem solchen Populismus-Vorwurf sei in der Debatte also häufig eine Deklassifizierung einer Meinung, Politik oder einer Person verbunden, analysiert Prof. Dr. Andreas Jungherr von der Universität Konstanz, der sich mit dem Populismus aus politikwissenschaftlicher Perspektive auseinandersetzt.

Die Minimaldefinition, von der Jungherr ausgeht, beschreibt Populismus diskursiv als politische Positionierung, die auf einer „moralischen Ab-

grenzung zwischen dem ‚wahren Volk' und korrupten Eliten" basiert. Damit gehen sowohl die Ablehnung von gesellschaftlichen und politischen Institutionen als auch die eines legitimen Interessens- und Meinungswettstreits in einer liberalen,

> *„Populistisch ist alles, was einer bestimmten Auffassung der Welt widerspricht, und damit sicher nicht die erfolgreichste Strategie, dem zu entgegnen."*
>
> Prof. Dr. Andreas Jungherr

pluralistischen Gesellschaft einher. Populistische Elemente können von Akteuren im politischen Diskurs über die Zeit sowohl in rechten als auch in linken Ideologien aufgegriffen und strategisch eingesetzt werden.

Problematisch am aktuellen Umgang mit dem Populismus sei einerseits, dass verschiedene Parteien, Bewegungen und Meinungen das Label „po-

pulistisch" erhielten, Unterschiede überdeckt und damit die gesellschaftlichen Interventionsmöglichkeiten eingeschränkt würden. Gefährlich am Populismus-Verständnis sei andererseits die Normalisierung extremer Positionen, wodurch diese salonfähig würden. Das könnte radikalen Bewegungen oder Parteien nicht zuletzt einen Zugang zu Massenmedien und der breiteren Öffentlichkeit bereiten.

Aus der Analyse europäischer Umfragedaten folgerte Jungherr, dass dem Aufkommen des Populismus in Europa keine wesentlichen Einstellungsänderungen der Bevölkerung zu Grunde lägen, sozioökonomische Faktoren würden also nur eine untergeordnete Rolle spielen. Stattdessen folge dieser vielmehr einer Veränderung von subjektiver Wahrnehmung und Resonanz. So wurde in der Vergangenheit politischer und sozialer Raum durch traditionelle Medien, also Tageszeitungen oder öffentliche Fernsehprogramme sowie durch etablierte Organisationsformen stärker strukturiert und zum Teil selektiert. Heute heben alternative

Informationsquellen und neue digitale Organisationswege, zum Beispiel Messangerdienste wie Whatsapp, dies auf. Damit könnten populistische Meinungen einfacher kundgetan und schneller verbreitet werden und stießen damit auf Resonanz, folgerte Jungherr.

Um dem Populismus entgegenzutreten ist es für Prof. Jungherr nötig, dass sich die Gesellschaft wieder stärker an einen legitim politischen Streit gewöhnen muss. Zudem sollten mündige Bürgerinnen und Bürger („citoyen") der pluralistischen und liberalen Gesellschaft stärker für diese eintreten, und positive Zukunftsvisionen der Gesellschaft entwickeln und mitgestalten.

Zur Rolle der EU und zum Zustand der transatlantischen Beziehungen

Geopolitische Verschiebungen, populistische Tendenzen und „der Trend zur illiberalen Demokratie" haben zu einer doppelten Herausforderung für

die liberale Demokratie in Europa geführt, so die Einschätzung von **Ralf Fücks**, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Zentrum Liberale Moderne. Diese bestehe zum einen im außenpolitischen Umgang mit zunehmend selbstbewusst auftretenden Mächten wie China, Russland oder der Türkei in einer Zeit, in der Europa zusehends von den Vereinigten Staaten allein gelassen würde. Zum anderen würden antieuropäische Parteien in EU-Mitgliedstaaten, etwa in Ungarn, Polen und Italien oder manifestiert im Brexit, die EU spalten. Fücks ist jedoch nicht der Meinung, dass sich diese Entwicklungen innerhalb der EU ausschließlich auf sozioökonomische Gründe, etwa eine steigende Ungleichheit zurückführen ließen, da es zum Beispiel in den skandinavischen Ländern ähnliche Tendenzen gebe. Stattdessen identifiziert er die drei folgenden Ursachen:

Erstens würde der Begründungsnarrativ der Europäischen Union, also die Überwindung von Nationalismus und Kriegen, nicht mehr alleine tragen und genügen. Auch wenn die Weltwirtschaft und Europa seit Anfang der 1990er-Jahre eine beson-

ders liberale Phase erlebten, die mit einer vertieften Integration und der Erweiterung um Mitgliedstaaten einherging, war es Fücks zufolge ein Irrtum zu glauben, es gebe seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten des Ostblocks keine Systemkonkurrenz mehr. Ganz im Gegenteil sei es an der liberalen Demokratie, ihr Potenzial definiert durch eine hohe Innovationsfähigkeit, wirtschaftliche Dynamik und soziale Leistungsfähigkeit zurückzugewinnen, denn dieses System stehe zusehends im Wettbewerb und müsse sich schließlich auch über den Output legitimieren. Eine reine Inputlegitimation über demokratische Wahlen und Beteiligungsverfahren sei nicht mehr ausreichend.

Zweitens sei diese anhaltend liberale Phase mit der Finanzkrise 2008 und der nachfolgenden europäischen Staatsschuldenkrise zu einem Stopp gekommen. Obwohl man die Krisen wohl ökonomisch überwunden habe, hätten sich die Härten des Sanierungskurses auf der einen Seite und das erschütterte Vertrauen auf der anderen Seite in das europäische Gedächtnis eingebrannt. Dies äußere

sich laut Fücks in der Stimmung, „es gehe möglicherweise in liberalen Demokratien nicht gerecht zu“ – etwa in Bezug auf die gemeinschaftliche Haftung für eine Minderheit von Finanzmarktakteuren.

Drittens habe die Migrationskrise die Stimmung gegenüber liberaler Eliten seit 2015 erheblich angefacht. Für Fücks spiegelt sich darin eine Wahrnehmung wieder, demokratische Institutionen seien möglicherweise nicht mehr in der Lage zu steuern und gestalten. Wenn die kollektive Handlungsfähigkeit erschüttert sei, wie es den Anschein hatte, führe dies zur gegenwärtig erlebbaren Legitimationskrise. Der Brexit-Slogan *Let's take back control* zeige, dass der neue Nationalismus und Populismus in Europa im Kern ein Vertrauensverlust in das Versprechen der Demokratie ist, eine kollektive Handlungsfähigkeit und Kontrolle zu gewährleisten.

Ein Zurück zu einem Europa der Vaterländer bezeichnet Fücks als einen historischen Rückschritt;

stattdessen brauche es ein Mehr an Europa und vertiefter Zusammenarbeit. Dabei denkt Fücks nicht (mehr) an eine stärkere Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen die in ihrer Finalität in einem Europäischen Bundesstaat gipfelt. Seiner Sicht nach sei „eine Union der Staaten und eine Union der Bürgerinnen und Bürger" weiter angemessen, die sich einerseits im europäischen Rat und andererseits in der wachsenden Bedeutung des Europäischen Parlaments repräsentiert sehe. In einer EU der verschiedenen Geschwindigkeiten, auf dem Fundament von Subsidiarität und Mehrebenendemokratie, könnten die Staaten in *Coalitions of the willing* die gemeinsame Klima- und Energiepolitik, die Verteidigungs- oder die Migrationspolitik ausbauen. Dadurch könne ein neues Momentum entstehen, eine positive Dynamik für mehr Kooperation und weitere Integration in Europa.

Die politischen und damit auch ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland beziehungsweise der EU und Russland befänden sich nicht zuletzt

seit dem Ukraine-Konflikt und dem Inkrafttreten von Sanktionen in einer Eiszeit und dürften weiter kompliziert bleiben, so **Prof. Dr. Alexander Libman** von der LMU München. Die seit 2015 bestehende Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die zwar kein rein postsowjetisches Machtprojekt sei, sondern konkrete wirtschaftliche Vorteile der „regionalen Integration" nach dem Vorbild der EU mit sich bringen solle, biete zwar ein Forum für einen EU-EAWU-Dialog, sei aus Sicht von Libman aber kein Weg für eine politische Annäherung zwischen der EU und Russland. Fortschritte auf technokratischer Ebene, die mit einer geringfügig wirtschaftlichen Annäherung einhergingen, hält er dennoch für denkbar.

Ein besonderes Gewicht der europäischen Außenpolitik kommt nach wie vor den transatlantischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu. Laut **Dr. Norbert Röttgen** erleben wir momentan das Ende einer Epoche und damit das Ende der amerikanischen Nachkriegspolitik. Für ihn ist das Phänomen Trump Teil dieses Epochenendes. In einer Zeit

ohne wirklichen Feind, wie es einst die Sowjetunion gewesen ist, kam es zur „Preisgabe des geistig-politischen Führungsanspruchs." Nun seien wir in einer Zwischenphase, in der ein Ordnungssystem beendet ist und sich ein neues Ordnungssystem bildet oder gar erkämpft wird. Noch sei allerdings nicht klar, wie diese neue globale Architektur von Macht aussieht. Auch wenn China momentan im Fokus des Interesses stehe, müssen die EU und insbesondere Deutschland mittelfristig darauf vorbereitet sein, selbst ins Fadenkreuz der amerika-

> *„Es besteht die Notwendigkeit das europäische Projekt, ein eindrucksvoll erfolgreiches Binnenprojekt, fortzu-entwickeln zu einem Außenprojekt, in der Nachbarschaft und international."*
>
> Dr. Norbert Röttgen

nischen Administration unter Trump zu rücken. Anlass gebend dafür seien unter anderem die bilateralen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands,

Nordstream II und die Bringschuld gegenüber der NATO.

Perspektivisch, so ist Röttgen überzeugt, treffe der Grundsatz *„United we stand – divided we fall"* auf die transatlantischen Beziehungen zu, mit der Einschränkung, dass dies insbesondere für Europa gelte. Daher bedürfe es einer fundamentalen Anpassung auf die veränderte Realität anstelle einer Beschwörung von Kontinuität. Eine Rückkehr zum Status Quo ante hält er für ausgeschlossen. Es sei falsch zu glauben, dass es eine Zukunft des Westens gebe, in der Europa weiter eine kommentierende Rolle gegenüber den Vereinigten Staaten einnehme. Vielmehr sei die Frage: Wird es weiter genug Gemeinsamkeit zwischen Europa und den USA geben, auf der sich ein „neues gemeinsames Grundverständnis internationaler Beziehung begründen lässt?" Für Röttgen ist dies die Frage nach der normativen Identität des Westens: Wer sind wir? Und beantwortet sogleich selbst, dass es das gemeinsame Verständnis sein müsse, das auf „regelorientier-

ter internationaler Politik und auf der Geltung von liberalen Werten" basiert.

In Bezug auf Europa ist ein Rückfall in Nationalismus und zu mehr Nationalstaat für Norbert Röttgen keine Lösung, denn jeder noch so große europäische Nationalstaat sei geopolitisch unbedeutsam. Stattdessen bestehe ganz grundsätzlich die Notwendigkeit, international Verantwortung zu übernehmen und die EU, welche ein sehr erfolgreiches Binnenprojekt sei, fortzuentwickeln zu einem Außenprojekt. Es gebe genug Projekte, die auf europäischer Ebene angegangen werden müssten oder eine europäische Führung benötigten. Er denke dabei etwa an eine gemeinsame Verteidigungspolitik oder eine Strategie für den Nahen Osten und Afrika. Egal für welche Projekte sich die EU am Ende entscheide, es sei wichtig, Diskussionen darüber offen zu führen und eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, so Röttgen, um die Akzeptanz eines geeinten Europas in der Bevölkerung zu stärken.

Patrick Hirsch

Patrick Hirsch studierte Mathematik (BSc) und Volkswirtschaftslehre (MSc) an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Handelshögskolan Göteborg. Er absolvierte unter anderem Praktika bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank. Mit Beginn seiner Promotion ist er seit November 2016 als Forschungsreferent am Walter Eucken Institut Freiburg tätig und doziert am Institute for the International Education of Students (IES). Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der internationalen und dynamischen Makroökonomik, der Wachstumsökonomik und der angewandten empirischen Wirtschaftsforschung.

Symposium

„Ordnungspolitik für das dritte Jahrtausend“

Aktionskreis **Freiburger Schule**
Initiative für Ordnungspolitik

Walter Eucken **Institut**
ORDO → Constitutio in Libertate

SÜDWESTMETALL

Walter Eucken Institut

Prof. Dr. Gabriel Felbermayr Ph.D.

Gabriel Felbermayr (*1976) ist seit März 2019 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW) sowie Professor für Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU). Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des Außenhandels, insbesondere in den Wechselwirkungen zwischen Globalisierung, Arbeitsmarktergebnissen und Umweltpolitik.

Felbermayr studierte Volkswirtschaftslehre und Handelswissenschaften an der Johannes Kepler Universität in Linz, Österreich, und wurde 2004 am Europäischen Hochschul-institut in Florenz promoviert. Von 2004 bis 2005 war er als Associate Consultant bei McKinsey & Co., Wien tätig. Im Jahr 2008 habilitierte er sich an der Eberhard-Karls-Universität

Tübingen, danach war er Professor an der Universität Hohenheim. Von 2010 bis 2019 leitete er das ifo Zentrums für Außenwirtschaft und hatte einen Lehrstuhl an der Ludwig-Maximilians-Universität in München inne.

Felbermayr ist unter anderem Mitglied des wissenschaftlichen Beirates im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, des erweiterten Vorstands des Vereins für Socialpolitik und in dessen Ausschuss für Außenwirtschaftstheorie und -politik. Er sitzt in den Herausgeberräten renommierter Fachzeitschriften, darunter der European Economic Review und des Journal of the European Economic Association.

Dr. Norbert Röttgen

Der promovierte Rechtsanwalt Norbert Röttgen ist seit Januar 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Er gehört dem Deutschen Bundestag seit 1994 als direkt gewählter Wahlkreisabgeordneter an. Zunächst engagierte er sich schwerpunktmäßig in der Rechtspolitik, von 2002 bis 2005 als rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2005 wurde er zum 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Dieses Amt hatte er bis 2009 inne.

Nach der Bundestagswahl 2009 wurde er zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Re-

aktorsicherheit ernannt. Dieses Amt übte er bis 2012 aus.

Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit gehörten in dieser Zeit der internationale Klimaschutz sowie die Entscheidung für die Energiewende.
Von 2010 bis 2012 war Norbert Röttgen stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands und Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.

Seit Herbst 2012 ist er Senior Fellow an der Hertie School of Governance, wo er sich schwerpunktmäßig mit europapolitischen Fragen beschäftigt.
Norbert Röttgen ist Mitglied in den Leitungsgremien des European Council on Foreign Relations, der Atlantik-Brücke sowie des Club of Three.

Prof. Jan-Egbert Sturm

Jan-Egbert Sturm (*1969) ist seit 2005 Direktor der KOF Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich und leitet seither den Lehrstuhl für Angewandte Wirtschaftsforschung am Departement für Management, Technologie und Ökonomie an der ETH. Er forscht schwerpunktmäßig empirisch in den Themengebieten monetäre Ökonomik, Makroökonomik und Wirtschaftspolitik.

Sturm studierte an der niederländischen Rijksuniversiteit Groningen Quantitative Volkswirtschaftslehre, wo er 1997 promoviert wurde und 1997/1998 sowie im Jahr 2001 als Juniorprofessor tätig war. Im Jahr 2000 war er als Gastdozent an der Bond University in Australien.

Von 2001 bis 2003 leitete Sturm den Bereich Konjunktur und Finanzmärkte am Ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München und war Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Bevor er Direktor des KOF wurde, hatte er ab 2003 an der Universität Konstanz die Professur für Volkswirtschaftslehre inne und übernahm damit gleichzeitig die Leitung des Thurgauer Wirtschaftsinstituts an der Universität Konstanz in Kreuzlingen.

Sturm ist seit 2001 Mitglied des CESifo Research Network, München sowie seit 2003 Forschungsprofessor am Ifo Institut. Darüber hinaus ist er seit dem Jahr 2005 Mitglied der European Economic Advisory Group des CESifo.

Prof. Dr. Johannes Becker

Johannes Becker (*1977) ist seit 2010 Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. In seiner Forschung legt er den Schwerpunkt auf die Bereiche Unternehmensbesteuerung und Steuerwettbewerb.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und der Politik-wissenschaft an der Universität zu Köln promovierte Becker dort von 2003 bis 2008 bei Prof. Dr. Clemens Fuest. Zwischen 2008 und 2009 war er Research Fellow an der Universität Oxford. 2008 bis 2009 forschte er am Münchner Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht.

Seit 2010 ist Becker internationaler Research Fellow der Universität Oxford, des CESifo Networks München, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Initiative MaTax Mannheim sowie Forschungsprofessor am Ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Des Weiteren ist er Mitglied des International Institute of Public Finance und des Vereins für Socialpolitik.

Prof. Dr. Jens Südekum

Jens Südekum (*1975) ist seit 2014 Professor für Internationale Volkswirtschaftslehre am Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der dortigen Heinrich-Heine-Universität. Seine Forschungsinteressen sind internationale Wirtschaftsbeziehungen, Regionalpolitik, Digitalisierung und Arbeitsmarktökonomik.

Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre, das er an der Georg-August-Universität Göttingen und der UC Los Angeles absolvierte, schloss er 2003 seine Promotion in Göttingen ab und trat im selben Jahr eine Juniorprofessur für Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz an, die er bis 2007 inne hatte. Von 2006 bis 2007 war Südekum Lehrstuhlvertreter an der Johannes-Gutenberg-

Universität Mainz und von 2007 bis 2014 Ordinarius für Mikroökonomik und Außenwirtschaft an der Universität Duisburg-Essen.

Südekum ist Research Fellow des Center for Economic Policy Research, London und des CESifo Instituts, München. Er ist Mitglied des Vereins für Socialpolitik und ehemaliger Herausgeber des Journal of Regional Science.

Er beriet zahlreiche Institutionen und Parteien wie die WTO, die Bundesregierung, den Internationalen Währungsfonds sowie die Deutsche Bundesbank.

Ralf Fücks

Ralf Fücks ist geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne (www.libmod.de) in Berlin und war 21 Jahre lang Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, in der er für die Inlandsarbeit der Stiftung sowie für Außen- und Sicherheitspolitik, Europa und Nordamerika verantwortlich zeichnete.

Ralf Fücks studierte Sozialwissenschaft, Ökonomie und Geschichte. 1982 schloss er sich den GRÜNEN an und war von 1985 bis 1989 Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft. 1989/90 wurde er als Co-Vorsitzender in den Bundesvorstand der GRÜNEN gewählt. 1991 wurde er Bremer Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie stellvertretender Regierungschef in der »Ampelkoalition« von Grünen, SPD und

FDP. 1999 berief ihn die Bundesregierung in die »Unabhängige Kommission Zuwanderung« unter Vorsitz von Prof. Rita Süßmuth, die im Juli 2001 ihre Empfehlungen für eine moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik vorlegte.

Ralf Fücks publiziert in deutschen und internationalen Medien vorrangig zu Fragen nachhaltiger Entwicklung, politischer Strategie und internationaler Politik. Seine Bücher »Intelligent Wachsen. Die grüne Revolution« (2013) und »Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen« (2017) erschienen beide im Hanser Verlag. 2018 gab er gemeinsam mit Thomas Schmid den Sammelband „Gegenverkehr. Demokratische Öffentlichkeit neu denken" heraus (Klöpfer & Meyer, 2018).

Prof. Dr. Andreas Jungherr

Andreas Jungherr (*1981) hat seit 2016 die Juniorprofessur für „Social Science Data Collection and Analysis" an der Universität Konstanz inne. Jungherr forscht schwerpunktmäßig zum Einfluss der digitalen Medien auf Politik und Gesellschaft sowie zum Medienwandel in Folge der Digitalisierung im internationalen Vergleich.

Sein Studium der Politikwissenschaften, Geschichte und Amerikanistik schloss er 2009 an der Universität Mainz ab. Von 2009 bis 2014 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Soziologie an der Universität Bamberg und promovierte dort im Jahr 2014. Von 2014 bis 2016 war Andreas Jungherr als Post-Doktorand am Lehrstuhl für politische Psychologie an der Universität Mannheim tätig.

Als Leiter des interdisziplinären Projekts „Communicative Power in Hybrid Media Systems“ der Volkswagen Stiftung untersucht Jungherr ländervergleichend die Verknüpfung von politischer Berichterstattung in den Medien. Darüber hinaus ist er ein Principal Investigator im Forschungscluster „The Politics of Inequality“ der Deutschen Exzellenzstrategie an der Universität Konstanz.

Georg Stieler

Georg Stieler hat 2011 die Niederlassung der Stieler Technologie- und Marketing-Beratung in Shanghai gegründet und leitet diese seither vor Ort. Mit seinem chinesischen Team arbeitet er intensiv mit internationalen und einheimischen Technologieunternehmen in der Region zusammen. Dadurch hat er sich ein umfangreiches Fachwissen über die chinesische Industrie- und Innovationslandschaft erarbeitet und gilt heute als einer der führenden unabhängigen Experten auf diesem Gebiet.

Georg Stieler ist ein gefragter Redner zu den Themen Automation und Digitalisierung in China (u.a. PTC LiveWorx Conference Boston, Industrial Internet Consortium (IIC), RoboBusiness Conference Silicon Valley, VDMA, ZVEI, TEDx Shanghai). Fer-

ner kommentiert er regelmäßig das Wirtschaftsgeschehen in China in führenden deutschen und internationalen Medien (u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Handelsblatt, Wirtschaftswoche, Tagesschau, Automation.com, Robotics Business Review).

Georg Stieler hat Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft an der Universität Mannheim sowie der Tongji Universität in Shanghai studiert und hat einen B.A. in Corporate Management & Economics von der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Prof. Dr. Alexander Libmann

Alexander Libman (*1981) ist seit 2016 Professor für sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Forschungsleiter der Graduate School for East and Southeast European Studies an der Universität Regensburg und der LMU München. Schwerpunkte seiner Forschung sind die informellen Machtverhältnisse und die Bürokratie in postsowjetischen autoritären Regimen, deren historische Vermächtnisse sowie die politischen Entwicklungen des postsowjetischen Eurasiens.

Nach seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Finanzakademie bei der Regierung der Russischen Föderation in Moskau wurde Libman 2005 an der Russischen Akademie der Wissen-

schaften als Candidate of Science promoviert. Von 2005 bis 2006 war er als Gastwissenschaftler an der Philipps-Universität in Marburg tätig und wurde 2009 an der Universität Mannheim zum Grad des Dr. rer. pol. promoviert. Er hatte von 2009 bis 2014 eine Position als Juniorprofessor für Internationale Politische Ökonomie an der Frankfurt School of Finance & Management inne. 2010 habilitierte Alexander Libman sich an der Russischen Akademie der Wissenschaften. 2013 bis 2014 war er Gastwissenschaftler in Rochester und darauffolgend bis 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Libman ist Mitglied des Editorial Board der Zeitschrift Post-Communist Economies und hat im Bereich der Public Choice bedeutende Preise verliehen bekommen (2010 Knut Wicksell Prize von der European Public Choice Society und 2016 Gordon Tullock Prize von der Public Choice Society und der Zeitschrift Public Choice).

Der Aktionskreis Freiburger Schule – Initiative für Ordnungspolitik

stehend, von links:
Dr. Gerhard Kempter, Martin Lätsch, Michael Pistecky, Julius von Gleichenstein, Paul Becker, Dr. jur. Ernst Ulrich Dobler (stv. Vorsitzender).

sitzend, von links:
Margot Selz (Erste Vorsitzende), Prof. Dr. Viktor J. Vanberg (ehem. Leiter des Eucken Institutes, wissenschaftlicher Berater und Bindeglied zum Eucken Institut, in dessen Vorstand Prof. Vanberg Mitglied ist), Dr. Franziska Pankow.

Der Aktionskreis Freiburger Schule – Initiative für Ordnungspolitik e.V. ist eine unabhängige bürgerschaftliche Initiative für Ordnungspolitik, die sich in enger Partnerschaft mit dem Eucken Institut für eine ordnungspolitische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hin zu den bewährten Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt.

Wir verstehen uns als aktives und zukunftsorientiertes Netzwerk mit Tradition und stehen für Freiheit, fairen Wettbewerb und Selbstverantwortung der Bürger.

Wir unterstützen maßgeblich die Forschungsarbeit des Eucken Instituts, das mit seiner Grundlagenforschung Wege aufzeigt, wie durch ordnungspolitische Reformen verlässliche Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Deutschland und Europa geschaffen werden können.

Anhand unserer vielfältigen Veranstaltungen wollen wir die Bedeutung von Ordnungspolitik für eine freie wettbewerbsorientierte und menschenwürdige

Marktwirtschaft in die Öffentlichkeit tragen, aber auch Wissenschaft verständlich kommunizieren, profunde Informationen und Gedankengänge bieten und den Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft befördern. So können wir ordnungspolitische Debatten initiieren und Impulse für offene Denkprozesse setzen.

Aktionskreis Freiburger Schule – Initiative für Ordnungspolitik

NETZWERK MIT TRADITION

unabhängig – aktiv – zukunftsorientiert

Grundlage

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Freiheit – Demokratie
Wettbewerb – Selbstverantwortung

Maßnahmen

Förderung ordnungspolitischer Grundlagenforschung

Profunde Informationen und wissenschaftliche Erkenntnisse

Wissenschaft verständlich kommunizieren

Impulse setzen – Debatten initiieren

Ziel

Ordnungspolitische Neuorientierung

i.S. verlässlicher Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Deutschland und Europa

„Mit Populismus ist die Gefahr verbunden, dass diese mit einer Normalisierung von extremen Positionen verbunden ist und abgrenzende Positionen salonfähig werden."

Prof. Dr. Andreas Jungherr

„Liberale Demokratie kann sich nicht mehr nur durch Inputlegitimation, durch Demokratische Wahlen und Beteiligungsverfahren begründen, sondern auch durch Outputlegitimation, einer wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit."

Ralf Fücks

„Wir sind momentan in einem zeitlichen Moment, in dem Herausforderer im politischen Diskurs ganz andere technische und organisationelle Möglichkeiten haben als früher."

Prof. Dr. Andreas Jungherr

„Deutschlands Fokus auf Regional- und Strukturpolitik, der sich ausgezahlt hat in Bezug auf Globalisierungsschocks, sollte als Medizin auch beim nächsten Strukturwandel nicht vernachlässigt werden."

Prof. Dr. Jens Südekum

FREIHEIT WAGEN – ORDNUNG GEBEN

Ich trete dem Aktionskreis Freiburger Schule e.V. bei

- ☐ als Mitglied (100,– Euro/Jahr)*, als Freund (250,– Euro/Jahr)*
- ☐ als Förderer (500,– Euro/Jahr)*
- ☐ als Donator (_____ ,- Euro/Jahr ab 2500,- Euro)*
- ☐ Studentenbeitrag, fördernd (10,– Euro/Jahr)*

* siehe www.aktionskreis-freiburger-schule.de

Ich bin mit der öffentlichen Nennung meiner Person/Firma als Unterstützer des „Aktionskreises Freiburger Schule e.V.“ einverstanden.

☐ Ja ☐ Nein

☐ Ich erteile eine Einzugsermächtigung für meinen Beitrag (jederzeit widerrufbar):

Kontoinhaber

Bank IBAN | BIC

Name | Firma

Adresse

Datum Unterschrift

Der Aktionskreis Freiburger Schule e.V. ist als gemeinnützig gem. §§ 51ff. AO anerkannt. Eine Spendenbescheinigung geht Ihnen unmittelbar nach Eingang Ihres Beitrages zu.

Bitte faxen Sie die Beitrittserklärung an Fax: 0761 7 90 97-97 oder schicken Sie sie per Post an:
Aktionskreis Freiburger Schule e.V., Goethestraße 10, 79100 Freiburg

Spendenkonto:
Volksbank Freiburg | IBAN: DE48 6809 0000 0025 6222 00 | BIC: GENODE61FR1

Aktionskreis **Freiburger Schule**
Initiative für Ordnungspolitik

Walter Eucken **Institut**

ORDO → Constitutio in Libertate

SÜDWESTMETALL

Aktionskreis Freiburger Schule e.V. – Initiative für Ordnungspolitik
Goethestraße 10, 79100 Freiburg i.Br. | Telefon 0761 790 97 0
Fax 0761 790 97 97 | aktionskreis@freiburger-schule.de
www.freiburger-schule.de